

Köln, 17. Juni – eine große Enttäuschung

Von E. Noldus.

„Am 17. Juni fand in Köln ein Friedensmarsch von 10000 Muslimen aus ganz Deutschland und deren Freunden statt, um ein mächtiges Zeichen gegen Gewalt und Terror zu setzen. Vertreter der Bundesregierung, allen voran Integrationsministerin Özoguz sowie sämtlicher muslimischer Verbände zeigten durch ihre Präsenz einmütig, daß der tolerante und weltoffene Islam in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und untrennbar zu Deutschland gehört“

So oder ähnlich hätten die Leitmedien berichtet, wenn sich die Erwartungen der Veranstalter auch nur annähernd erfüllt hätten. Tatsächlich aber war die Resonanz so niederschmetternd, daß die Enttäuschung auf allen Seiten groß war. Wie konnte es dazu kommen?

Die Motive der Initiatoren

Am Anfang stand eine Unterbrechung der Veranstaltung „Rock am Ring“ am 2. Juni nach einer Terrorwarnung. Veranstalter Marek Lieberberg hatte daraufhin in einer Presseerklärung erklärt (nach N24): „Ich möchte endlich mal Demos sehen, die sich gegen diese Gewalttäter richten. Ich habe bisher noch keine Moslems gesehen, die zu Zehntausenden auf die Straße gegangen sind und gesagt haben: Was macht ihr da eigentlich?“ Das Medienecho war so gewaltig, daß es auch nicht schadete, als besorgte Stimmen darauf hinwiesen, die AfD habe sich positiv über Lieberberg geäußert.

Lamya Kaddor, eine der beiden Organisatoren, nahm in einem WAZ-Gespräch am 9. Juni ausdrücklich darauf Bezug. „Die Anschläge von Menschen, die sich zur Rechtfertigung ungefragt auf den Islam berufen, häufen sich.“ Deshalb rufe man „Muslime in ganz Deutschland und ihre Freunde“ auf, „ein mächtiges Zeichen gegen Gewalt und Terror“ zu setzen.

Am 13. Juni konnte Kaddor – ebenfalls in der WAZ online – berichten, man habe in sehr kurzer Zeit die unterschiedlichsten Verbände und Personen zusammengebracht, die ein ähnliches Ansinnen hätten und ein Bekenntnis zum friedlichen Zusammenleben ablegen wollten. Viele Politiker riefen zur Beteiligung auf; u. a. Laschet (CDU), Lindner (FDP), Oppermann (SPD), Riexinger (Linke) und diverse Grüne. Der Zentralrat der Muslime (ZMD) unter Aiman Mazyek und die Türkische Gemeinde Deutschlands (TGD) hätten ebenfalls zur Teilnahme aufgerufen. „Es ist wichtig, darüber hinaus jetzt nach London, Manchester und dem Terror auch in der islamischen Welt, wo der IS unschuldige Menschen tötet, ein sichtbares, deutliches Zeichen für Frieden zu setzen und sich klar von gewaltbereitem Islamismus und Islamisten abzugrenzen.“

Kaddors Mitstreiter Tarek Mohamad wird allgemein als „Friedensaktivist“ vorgestellt. Grund dafür ist ein längerer Eintrag auf seiner Facebook-Seite Ende Juli 2016, wo es u. a. heißt:

„Wann immer ich mein Facebook sehe, sehe ich meine Landsleute, wie sie mit Geld protzen, gegen Türken oder Kurden hetzen, gegen Deutsche hetzen, gegen Schwule und Lesben hetzen, Salafisten oder IS-Bastarden Zuspruch geben und meinen, daß wir Moslems irgendwann Europa einnehmen.

Ich will nicht Europa einnehmen!

Ich will in Frieden mit meinen türkischen, deutschen, kurdischen und jüdischen Brüdern und Schwestern leben!“

Wie abschätzig müssen Araber im Grunde genommen in den Redaktionsstuben der Leitmedien beurteilt werden, wenn ein selbstverständlicher Wunsch, nur weil von einem Araber geäußert, diesen zum „Friedensaktivisten“ macht!

Jedenfalls hat Tarek Mohamad seinen Worten Taten folgen lassen und seine Internetpräsenz genutzt. M 17. Juni konnte er im WDR bei einer wohlwollenden Moderatorin für Köln werben. Bisher seien viele derartige Veranstaltungen gelaufen, vor allem in Großbritannien, aber Moslems hätten keine

Presse und daher seien jene nicht bekannt geworden. Wenn Terroristen den Glauben für ihre Zwecke vereinnahmten, könne man sich zunächst einmal nicht dagegen wehren. Der Islam sei eine friedliche Religion. Man werde weitere Demonstrationen organisieren: so in Hannover und Berlin.

In der Taz online erschien am 16. Juni ein Interview mit Kaddor, welches viel Engagement in der Sache verriet. Die Tatsache, daß in Manchester erstmals Kinder und Jugendliche das Ziel eines Anschlages gewesen seien, habe sie – auch als Mutter – persönlich tief erschüttert. Es gehe bei der Demonstration um ein klares Bekenntnis zu „unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft.“

„Wenn wir uns schon – berechtigterweise – darüber beschwerten, daß dauernd nur über Muslime statt mit Muslimen gesprochen wird, dann wäre es jetzt mal an der Zeit, deutlich zu sagen, wo wir denn stehen: nämlich in der Mitte der Gesamtgesellschaft, nicht am Rand. Dazu gehört eine eindeutige Verurteilung des Terrorismus. Es wäre falsch zu behaupten, daß es etwas mit dem Islam zu tun hat, wenn sich Menschen in unserem Namen in die Luft sprengen und andere töten. Aber ich spreche den Terroristen trotzdem das Muslimsein ab. Sie haben nichts vom Islam begriffen. Diese Verbrecher gehören geächtet.“

Zum Zeitpunkt des Interviews war die Nichtbeteiligung der Ditib an der geplanten Demonstration schon bekannt und wurde daher auch explizit angesprochen. Einer der Einwände von Ditib war gewesen, daß es fastenden Moslems nicht zuzumuten sei, stundenlang in der prallen Mittagssonne zu marschieren. Kaddors Antwort: „Der heilige Monat des Ramadan ist nicht dafür da, um uns zurückzulehnen und auszuruhen. Wer glaubt, beim Ramadan ginge es darum, nichts mehr zu tun, hat irgendetwas falsch verstanden. Das ist absurd. Das Argument kann ich nicht gelten lassen. Bei wieviel Grad Tagestemperatur fastet man wohl in Mekka?“

Kaddor läßt hier neben dem bereits von ihr erwähnten medialen Druck ein inneres Motiv erkennen, nämlich auf den aus ihrer Sicht besonders perfiden Anschlag von Manchester. Das Ramadan-Argument spielte – wie man sehen wird – für Ditib höchstens eine untergeordnete Rolle, wurde aber in der Presse allgemein hervorgehoben, um die Absage um so schärfer kritisieren zu können.

Die Absage wichtiger Islamverbände

Die Absage von Ditib am 14. Juni ließ in den Medien die angekündigte Teilnehmerzahl auf „einige Tausend“ schrumpfen. Die zahlenmäßig größte Vereinigung türkisch-moslemischer Moscheegemeinden in Deutschland, dank staatlicher (und stattlicher) Unterstützung aus der Türkei auch sehr gut durchorganisiert, hatte im November 2014 ebenfalls in Köln maßgeblich eine Massenkundgebung mit über 20000 Teilnehmern zustande gebracht. Auch damals ging es um die Distanzierung vom islamischen Terror. Zugleich sollte jene Demonstration gegenseitige Vorwürfe, die Moslems in Deutschland schotteten sich zusehends ab bzw. die Deutschen akzeptierten die Zuwanderer nicht als integralen Bestandteil einer neuen Gesellschaft, entkräften. Neben Claudia Roth (Grüne) hatten auch in der Verantwortung stehende Politiker, nämlich die Innenminister aus NRW und Bayern, Behrens (SPD) und Beckstein (CSU) gesprochen.

Die Ditib bekennt sich laut Eigendarstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der BRD und versteht sich als überparteilich. „Sie legt Wert auf Freundschaftlichkeit, Achtung, Nachsicht, Toleranz und Solidarität der Menschen untereinander und gegenüber anderen Glaubensangehörigen. Diese Eigenschaften stimmen auch mit den Grundsätzen des Islam überein. Jede Art von Gewalt und Aufruf zur Gewalt wird abgelehnt.“

Es hat eine gewisse Berechtigung, wenn die Ditib auf „muslimische“ Demonstrationen verweist, auf denen man gezeigt habe, daß man sich von den Gewalttaten und ihren Taten nicht vereinnahmen lassen wolle – auch wenn man über das „unzählige Male“ zu Recht streiten kann. Forderungen nach „muslimischen Anti-Terror-Demos“, so Ditib, griffen zu kurz, stigmatisierten die Muslime und verengten den internationalen Terrorismus auf sie. Diese Form der Schuldzuweisung spalte die Gesellschaft. Darin pflichtete man der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoguz, bei.

Das Hauptmotiv der Absage besteht offensichtlich darin, daß die für eine gemeinsame Veranstaltung notwendigen Vorgespräche nicht geführt worden seien. Statt „die Muslime“ (gemeint: Ditib) als Verhandlungsmasse zu behandeln, die man nach Belieben hierhin oder dorthin zitieren könne, hätte man Gespräche im Vorfeld gewünscht. Ferner sei es eine Aufforderung an die gesamte Gesellschaft, ein Zeichen gegen den Terror zu setzen. Das sei, wie die Grünen-Spitzenkandidatin Göring-Eckardt richtig erkannt habe, „keine Frage, die Muslime allein unter sich zu klären hätten.“

Interessant an dieser Ditib-Pressemitteilung vom 14. Juni ist, daß sie den Eindruck einer einvernehmlichen Haltung mit Aydan Özoguz hervorzurufen sucht. Aber aus einem Interview des Deutschland-Funks mit Özoguz am 6. Juni geht hervor, daß Ditib und Integrationsbeauftragte mitnichten einer Meinung waren. Özoguz kritisierte das Fernbleiben explizit. Sie verstehe überhaupt nicht, „wie jetzt ein Verein wieder irgendwelche Argumente sucht, um zu sagen, wir sind nicht dabei. Das ist ja leider bei den Vereinen in der Vergangenheit immer wieder mal so gewesen. Jeder will dann sozusagen derjenige sein, der das initiiert hat.“

Weiterhin kritisiert Özoguz, daß im Gegensatz zu den Mitgliedern die Ditib-Funktionäre, wie auch bei den anderen Verbänden, „nie so richtig“ in Deutschland angekommen seien. Viele im Vorstand seien „doch eher an Ankara angedockt“.

Für das Thema hier sind die weiteren Ausführungen Özoguz' uninteressant. Sie fordert, der deutsche Staat müsse die Finanzierung von Moscheegemeinden übernehmen, aber es sei ein Fehler, die Auslandsfinanzierung von Gemeinden zu verbieten.

Als Zwischenergebnis bleibt erst einmal festzustellen, daß die Absage von Ditib eher verbandspolitisch begründet ist. Eigentlich richtig, denn warum soll man eine Riesenveranstaltung organisieren (die Ditib-Zentrale befindet sich in Köln-Ehrenfeld) und die Teilnehmer heranschaffen, wenn man im Vorfeld keine Möglichkeit hat, über Inhalte und Gestaltung zu reden. Ditib hat durch die Absage deutlich gemacht, daß sie sich nicht für fremde Ziele vereinnahmen läßt. Dafür muß der Verband einen hohen Preis zahlen – nämlich als Integrationsverweigerer dazustehen. Dieser Vorwurf wird durch die Ereignisse in der Türkei, namentlich das Wählerverhalten der Türken in Deutschland beim Verfassungsreferendum vom April 2017 hat nachhaltig Eindruck gemacht, verstärkt, ohne daß Ditib auf Erdogans Politik Einfluß nehmen könnte.

Umgekehrt ist die von der Politik geäußerte Kritik an Ditib wenig gerechtfertigt, um nicht zu sagen scheinheilig. Özoguz selbst schob irgendeinen Termin in Bayern, wahrlich kein Stammland der SPD, vor, um nicht in Köln dabei zu sein. Und die Unterstützer von CDU bis FDP beließen es bei Deklamationen und legten im übrigen die Beine hoch. Wer im Glashaus sitzt, darf nicht mit Steinen schmeißen!

Um diese etwas wirre Gemengelage wenigstens im Ansatz zu verstehen, muß man folgendes wissen: Kaddor ist Gründungsmitglied und bis April 2016 auch Vorsitzende des im Sommer 2010 gegründeten Liberal-Islamischen Bundes. Sie gehört wie etwa auch Sineb el Masrar zu denjenigen in Deutschland sozialisierten Fraün, die im Rückgriff auf einen „wahren Islam“ die Deutungshoheit der aus ihrer Sicht konservativ-orthodoxen, in der Islamkonferenz vertretenen Verbände herausfordern. Zugleich werfen sie der Bundesregierung mehr oder minder deutlich eine einseitige Fixierung auf jene Verbände vor. Die Haltung der Ditib wird dadurch verständlicher, ohne allerdings den schlechten Eindruck in der breiten, wenig informierten Öffentlichkeit abzumildern.

Murat Gümüş vom Islamrat für die BRD, gab im FAZ-Interview vom 17. Juni an, daß man als Repräsentant von 450 Moscheegemeinden (Ditib: „circa 900“) schon oft an solchen Aktionen teilgenommen habe (September 2014, November 2015, Ende 2016), aber die Erfahrung habe machen müssen, daß diese nichts brächten.

„Solange die Probleme in Syrien oder auch im Irak nicht angegangen werden, sind auch die in Europa nicht gelöst. Es ist auch wissenschaftlich erwiesen, daß insbesondere da, wo das legitime staat-

liche Gewaltmonopol erodiert, ein Nährboden für terroristische Organisationen entsteht. Wenn die Ursachen, warum einige Jugendliche eine gewisse Affinität für Terror und Gewalt entwickeln, nicht angegangen werden, dann werden wir auch in fünf und in zehn Jahren immer wieder gefragt werden, ob wir an einer Aktion teilnehmen, die sich gegen Terror und Gewalt stellt.“ Und weiter:

„Ich möchte die Politik dazu aufrufen, an sie appellieren, stärker an den Ursachen für den Terror anzusetzen, statt den Religionsgemeinschaften, die auf diese Schieflage zwischen Symbolpolitik und reeller Ursachenbekämpfung aufmerksam machen, ihre gesellschaftliche Relevanz abzusprechen.“

Ohne die „Wut-Rede“ von Lieberberg würde die Demonstration gar nicht zustande kommen. „In die anschließende Debatte haben sich Politiker eingeklinkt und den Druck auf Muslime erhöht, ein Zeichen zu setzen. Dem sind nun zwei Einzelpersonen nachgekommen... Das Negativbild des Islams wird nicht über Symbolpolitik beseitigt werden können. Wenn wir die Ursachen der negativen Wahrnehmung des Islam und der Muslime in der Bevölkerung angehen wollen, dann müssen wir von den politischen Verantwortlichen auch erwarten können, daß dort konkrete Konsequenzen hin zu einer Richtigstellung folgen. Derzeit dürfen in einigen Bundesländern angehende Kopftuch tragende Juristinnen ihr Referendariat nicht antreten, weil es gesetzlich verboten ist.“

„Ihre Verweigerung wird von Islamkritikern aber gegen Sie verwendet. Sehen Sie das nicht als Gefahr?“

„Natürlich das ist eine Gefahr. Die haben wir auch intern abwägen müssen. Aber wir können jetzt nicht einfach unsere Argumente beiseiteschieben und sagen, wir machen das jetzt noch einmal. Wir haben einfach gesehen, daß es mittel- und langfristig nicht viel bringt. Und wenn wir jetzt auf alle Rücksicht nehmen müssen, die meinen, dem Islam gegenüber mit noch mehr Skepsis zu begegnen, weil die zwei großen islamische Religionsgemeinschaften nicht an einer Demo mitgemacht haben, dann muß ich davon ausgehen, daß man sie von ihrer Skepsis auch nicht mit einer Aktion wie die am Samstag hätte befreien können.“

Das Interview spricht für sich selbst. Man schiebt die Probleme nach Syrien und in den Irak, erklärt unzulässigen öffentlichen Druck, dem „zwei Einzelpersonen“ nachgegeben hätten, zum Anlaß und macht überdies „die Politik“ für das schlechte Image des Islam verantwortlich, indem sie die Diskriminierung Kopftuch tragender Juristinnen nicht beseitige. Nebenbei weist man eine Behauptung zurück (fehlende gesellschaftliche Relevanz der Religionsgemeinschaften), die niemand aufgestellt hat.

Wesentlich eleganter zog sich Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime aus der Affaire. Sein Facebook-Aufruf vom 16. Juni (morgens um halb sechs) empfahl die Teilnahme. Denkbar ist, daß er die Stellungnahme der Ditib abgewartet hat; seine Argumentation nimmt zum Teil Bezug auf deren Argumente. Die Beteiligung einiger Landesvorsitzender des Zentralrates reichte aus, ihn aus der medialen Schußlinie zu nehmen. Dabei ist Mazyek in den letzten Jahren wie kein Zweiter bei den Leitmedien herumgereicht worden, wann immer nach einem Anschlag eine „muslimische“ Stellungnahme geboten schien. Nach der sprunghaften Zunahme islamischer Anschläge fiel irgendwann auf, daß er immer das gleiche sagte. Ein WAZ-Interview vom 17. 12. 2017, vier Tage nach schweren Anschlägen in Paris mit 130 Toten und über 300 Verletzten steht in gedrängter Form sinnbildlich für politisch korrekte Fragestellung und Mazyeks Methode der Verdrängung und Schuldzuweisung:

Müßten Verbände und Moscheevereine nicht mehr zum Schutz vor radikalen Islamisten unternehmen? „Die Frage impliziert, daß die Terroristen aus muslimischen Gemeinden hervorgingen. Nach bekannten Studien der Biographien zu Extremisten wissen wir, daß Religion nicht ausschlaggebend für die Radikalisierung war, sondern soziale Gründe. Ein fehlendes Selbstwertgefühl wird dann übermäßig kompensiert mit pseudo-religiösen Erklärungsmustern, sozusagen als Rechtfertigung von Gewalt...“

Wenn wir nicht in der Prävention gesamtgesellschaftlich denken und die Leute durch Angebote von der Straße holen, erhält diese Gefahr [der Radikalisierung auch in Deutschland] weiteren Auftrieb. Längst haben sich diese Leute aus der muslimischen Gemeinschaft verabschiedet. Wir müssen sie mit attraktiven Programmen wieder zurückholen. Gesellschaft und Politik müssen Zutrauen in die Muslime haben.“

Ob er fürchte, „daß die fast ausnahmslos friedlichen Muslime auf mehr Ablehnung stoßen?“

„Das ist leider schon der Fall, die Islamfeindlichkeit ist auf einem erschreckend hohen Niveau. Bei- nahe täglich brennen Flüchtlingsunterkünfte, und regelmäßig werden Moscheen und Muslime auf offener Straße attackiert.“ Und weiter: „Aber wenn wir Prävention als Querschnittsaufgabe betrach- ten, gibt es eine Chance. Auch müssen wir klar sagen, Islamismus kann man am besten mit dem Is- lam bekämpfen Wer gebildet und sattelfest in der Religion ist, fällt nicht auf religiöse Scharlatane herein.“

Ob der Staat bei bekannten Islamisten schärfer durchgreifen sollte?

„Er [der Staat] sollte früher die Gesellschaft – auch Moscheen – vor Gefahren warnen und weniger allgemein durch Verfassungsschutzberichte markieren. Dann wäre uns schon geholfen.“

Mehr fällt einem Mann mit einem Magister-Abschluß und mehrjährigen Islamstudien unter ande- rem in Kairo nicht ein:

Die Terroristen gehören keiner Gemeinde an. Soziale Gründe führen zur Radikalisierung. Präventi- on ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe (der Islam und die Moscheegemeinden haben also da- mit nichts zu tun), doch zugleich schützt religiöse Bildung vor einem Abgleiten in den Islamismus (hat der nicht soziale Ursachen?!). Andreas Krüger, ein 50jähriger Psychologe aus Hamburg, gab am 1. 12. 2014 in Spiegel online das Ergebnis seiner profunden Studien über die Biographien von Terroristen bekannt. Schuld war meistens eine schwierige Kindheit ... Mazyek reflektiert also nur die Methode, das Individuum von jeglicher Schuld freizusprechen, und die „Gesellschaft“ haftbar zu machen – ein alter Hut.

Den Höhepunkt der Unverfrorenheit erreicht Mazyek mit der pauschalen Anklage der Islamfeind- lichkeit. Hat Deutschland, haben die Deutschen nichts geleistet? Merkels Diktum „Wir schaffen das!“ war politisch ein eklatantes Führungsversagen, das unser Land destabilisiert hat. Aber es wa- ren keine Nazi-Horden, die die „Willkommenskultur“ erledigt und die Flüchtlinge abgeschreckt ha- ben. Das haben die willkommen Geheißenen selbst erledigt und die Anrainerstaaten der sogenann- ten Balkanroute, denen doch tatsächlich auch – wie egoistisch – das Wohl der eigenen Bevölkerung am Herzen lag.

Auf der Facebook-Seite des Zentralrates der Muslime 30. 6. 2017 findet man den Hinweis auf eine Gedenkveranstaltung in Dresden anlässlich der Ermordung von Marwa El-Sherbini vor acht Jahren. Der gleiche Mazyek, der stets und ständig über pauschale Verdächtigungen von Moslems klagt, sag- te dazu: „Seit dieser Zeit vor acht Jahren sind die Übergriffe und Anschläge auf Muslime weiter ste- tig angestiegen, weil damals wie heute das Phänomen des antimuslimischen Rassismus und die ne- gative Stimmung gegen Muslime z.T. in der Gesellschaft ignoriert und noch zu oft unterschätzt wird.“

Über Niklas P. hat sich Mazyek nie geäußert.

Worum geht es?

Es ist offensichtlich, daß die etablierten Islamverbände eine, wenn nicht die zentrale Frage umge- hen: Inwiefern ist der islamistische Terror religiös geprägt bzw. welcher Zusammenhang besteht zwischen den theologischen Lehrgebäuden der verschiedenen Ausformungen des Islam einerseits und Verhaltensmustern andererseits (Gewalt ist nur die extremste Ausprägung), welche das Leben

neben und mit Nichtmuslimen (also uns) gelegentlich stören. Das ist eine Debatte, welche die Moslems unter sich führen müssen – meinetwegen auch hinter verschlossenen Türen. Wo ist die Grenze zwischen dem Islam als Religion, die den Schutz des Grundgesetzes genießt, und dem Islam als politische Weltanschauung, die sich wie jede anderer auch der offenen Debatte im öffentlichen Raum zu stellen hat?

Tatsächlich hat die Demonstration in Köln vor allem eines gezeigt: Diejenigen Moslems in Deutschland, welche sich aktiv mit der Rolle des Islam in einer historisch von Renaissance, Aufklärung und Säkularisierung geprägten Gesellschaft auseinandersetzen, sind selbst innerhalb der organisierten Moslems nur eine sehr kleine Minderheit. Die Politik tut gut daran, diese Realität zur Kenntnis zu nehmen. Darauf zu setzen, daß aus der Minderheit eine Mehrheit wird, die ein islamisches „Zeitalter der Aufklärung“ durchlaufen hat, wäre verantwortungslos. Jetzt muß man handeln.

Die Realitätsverweigerung

Die Reaktionen in den Medien war eine Mischung aus Enttäuschung und Kritik vornehmlich an Dittib. Dabei ist gerade die Enttäuschung die Folge einer selektiven Wahrnehmung der Realität. Die für den 23. Juni in Berlin angekündigte Veranstaltung fand tatsächlich statt – mit ca. 80 Teilnehmern (Berliner Zeitung online). Überörtlich wurde erst gar nicht berichtet.

Im März war das Buch „Inside Islam“ des „Zeit“-Mitarbeiters und ARD-Korrespondenten Constantin Schreiber erschienen. „Antidemokratisch und konservativ“ begann die Buchbesprechung in der „Zeit“ vom 31. März und nannte das Fazit Schreibers „ernüchternd“. Der „Jungen Freiheit“ war das Buch in der Ausgabe vom 7. April eine Titelgeschichte wert. Ansonsten gab es in mehreren Zeitungen Rezensionen, jedoch blieb eine Debatte mit Tiefenwirkung aus.

Viel lieber berichtete man Mitte Juni über die Gründung einer „liberalen Moscheegemeinde“ in Berlin durch Seyran Ateş. In der Frauenbewegung engagiert, wurde sie 1984 während einer Beratung niedergeschossen. Sowohl als Anwältin wie auch als couragierte Person des öffentlichen Lebens tritt sie für einen Islam ein, der ein modernes Frauenbild vertritt. Bereits kurze Zeit nach der Gründung erhält sie Morddrohungen; auch die Einrichtung steht unter Polizeischutz. Lediglich Mouhanad Khorchide, seit 2010 Inhaber des Lehrstuhls für Islamische Religionspädagogik an der Universität Münster, steht ihr explizit bei (Berliner Zeitung online 23. 6. 2017), während dem Verfasser zur Zeit keine offiziellen Stellungnahmen der verschiedenen Islamverbände bekannt sind.

Allerdings ist eine Debatte angestoßen, die auch einen explizit politischen Charakter hat, seitdem die türkische Religionsbehörde Diyanet das Projekt kritisierte. Das Auswärtige Amt wies am 23. Juni in einer Pressekonferenz „aus aktuellem Anlass“ unter anderem darauf hin: „Wie, wo, wann und in welcher Weise Menschen ihre Religion pflegen und ausüben, ist keine Angelegenheit des Staates. Im Gegenteil: Der Staat hat nach unserem Verständnis sicherlich keine Zuständigkeit zur Beurteilung theologischer Fragen, sondern die Pflicht, die Religionsfreiheit genauso zu schützen wie die Meinungs- und die Pressefreiheit.“

Die Frage, ob der Islam im Sinne der Aufklärung reformierbar ist oder nicht, wird in moslemischen Kreisen begreiflicherweise eher im Verborgenen geführt und ist für das breite Publikum nur gelegentlich sichtbar. So verneinte in der „Zeit“ vom 28. 4. 2017 Ufuk Özbe die Reformierbarkeit des Islam, während ihm der Freiburger Theologe Abdel Hakim Ourghi widersprach (online 20. 5. 2016). Allein diese Beiträge verdeutlichen bereits, daß es in so einem theologischen Streitgespräch niemals einen Endzustand gibt, der jede weitere Debatte überflüssig macht.

Am 18. 7. 2002 berichtete die FAZ über die für Herbst 2002 geplante Einrichtung eines Lehrstuhls für Islamische Theologie in Münster [die dann Ende 2003 erfolgte]. Ömer Özsoy, Theologe der Uni Ankara (2006 erster moslemischer Theologieprofessor in Deutschland), sah damit zukünftig die Aufteilung der Welt in ein „Haus des Islam“ und ein „Haus des Krieges“ (dar al harb) hinfällig werden. Die Türken in Deutschland würden dann nicht im „dar al harb“, sondern lediglich in der

„Fremde“ (gurbet) leben. Inzwischen kann man wohl sagen, daß sich die damals geäußerten Hoffnungen, der interreligiöse deutsch-türkische Dialog würde zu einer Synthese der drei Identitäten „Türke – Moslem – Deutscher“ führen und in einen „modernen und liberalen Islam“, dem Euro-Islam, münden, sich nicht erfüllt haben. Und durch die inzwischen erfolgende arabische Einwanderung ist die türkische Quasi-Monopolstellung aufgeweicht worden.

Bassam Tibi, der den Begriff des Euro-Islam Anfang der 1990er Jahre entwickelte, hat sich im Juni-Heft 2016 der Zeitschrift „Cicero“ unter dem Titel „Warum ich kapituliere“ gegenüber dem von ihm so genannten Kopftuch-Islam als geschlagen bekannt. Für ihn, einen Syrer, hat die von Merkel forcierte Masseneinwanderung 2015 im Zusammenspiel mit einer fatalen, politisch korrekten Toleranz, dem modernen Islam den Todesstoß versetzt. Der Cicero-Artikel ist komplett als pdf-Datei verfügbar und sollte von jedem an einer sachlichen Debatte Interessierten gelesen werden. Tibi konnte es in einem Beitrag (auf kath.net veröffentlicht) für A. Schwarzers Buch „Der Schock“ ungestraft wagen, die Vorgänge zu Silvester 2015 in Köln als primär rassistisch motiviert zu bezeichnen:

„Im Orient gilt die Frau nicht als Subjekt, sondern als Gegenstand der Ehre eines Mannes. Die Schändung einer Frau wird nicht nur als Sexhandlung und Verbrechen an der Frau selbst betrachtet, sondern eher als ein Akt der Demütigung des Mannes, dem sie gehört...

Unabhängig vom Krieg [in Syrien] ist das Frauenbild in der arabisch-orientalischen Kultur patriarchalisch, ja umfassend menschenverachtend. Dieses Frauenbild darf in Europa nicht unter dem Mantel des Respekts für andere Kulturen geduldet werden.

Und es geht dem arabischen Mann bei der ausgeübten sexuellen Gewalt nicht nur um die „sexuelle Attraktion“ der europäischen Frau, sondern auch um den europäischen Mann, dessen Ehre der Orientale beschmutzen will. So ist es auch in Köln geschehen.“

Einer der stärksten optischen Eindrücke hinterlässt ein kurzes Video, welches den Mob auf der Domplatte zeigt. Man hört die Schreie von Frauen. Im Vordergrund ist die Silhouette eines Polizisten zu erkennen, der unbewegt dem Treiben zuschaut.

Es gibt dazu nur eine Parallele; nämlich das Jahr 1945, in dem jeder Deutsche vogelfrei war und es niemanden gab, der einem Vergewaltiger, einem Eroberer, Einhalt gebieten konnte. Die „Befreiung“ war so total wie es der Krieg gewesen war.

Das erbärmliche Verhalten von NRW-Innenminister Jäger hat danach die Richtung der politischen Debatte vorgegeben. Dabei geriet das Versagen unseres kompletten Rechtssystems dank der Einheitsfront aller im NRW-Landtag vertretenen Parteien (SPD, CDU, Grüne, FDP, Piraten) schnell aus dem Blickfeld. Etwa 1200 Anzeigen führten bis November 2015 zu 5 (!) rechtskräftigen Verurteilungen überwiegend zu Bewährungsstrafen.

Folgerungen

Die oberste Forderung muß die nach einer starken Regierung sein. Eine Kanzlerin, die weder ihr Recht zur Richtlinienkompetenz noch ihre Pflicht zu Führung und Verantwortung wahrnimmt, ist absolut fehl am Platze. Sie ist und bleibt „Kohls Mädchen“, der weniger der Kanzler der Einheit denn der prinzipienlose Taktiker der Macht gewesen ist.

Die AfD wäre gerade beim Thema „Islam / Einwanderung“ gut beraten, die Unterlassungssünden der Kanzlerin bloßzulegen. Die AfD sollte auf die Einhaltung bestehender Gesetze dringen und bei Verlust des Aufenthaltstitels konsequentes Vorgehen anmahnen. Einer Regierung, die sich mit diversen Lobbyisten auf Diskussionen um sichere Herkunftsländer einläßt, muß man die Folgen ihrer Tatenlosigkeit für das Gemeinwohl deutlich vor Augen führen.

Die Islamverbände jeglicher Ausrichtung sind als das zu behandeln, was sie sind: Lobbyisten in eigener Sache, die nicht – wie der Staat – dem Allgemeinwohl verpflichtet sind. Man darf es ihnen

nicht durchgehen lassen, unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit politische Sonderrechte durchzusetzen. Daß diese Verbände damit bisher Erfolg gehabt haben, ist allein dem Aufstand der politische Dummheit in den Blockparteien geschuldet.

Es gibt genügend Dumme, die etwa in der Kopftuchfrage ein primär religiöses Problem sehen. Jahrzehntlang war in der Türkei das Kopftuch an Universitäten verboten, weil es für den Kemalismus (nach Mustafa Kemal) wie etwa auch der Fez (Hutgesetz 1925) als Symbol orientalischer Rückständigkeit galt. Die schrittweise Aufhebung des Kopftuchverbotes für staatliche und öffentliche Einrichtungen ab 2008 waren politische Gesten, die auch im letzten Dorf Ostanatoliens verstanden wurde, nur nicht in Berlin. Sonst hätte Murat Gümüş vom Islamrat für die BRD in dem von uns erwähnten Interview nicht widerspruchslos die Forderung nach einer Zulassung des Kopftuches für Referendarinnen stellen können.

Der Bereich, wo die Lobbyisten des Islam, der zu Deutschland gehört, ungestört wirken können, ist die Koranauslegung. Aber es muß ein unabdingbares Vorrecht des Staates sein, unabhängig über die Zulassung islamischer Geistlicher für das Lehramt an öffentlichen (und privaten) Schulen zu befinden.

Die Frage nach der Predigtsprache in Moscheegemeinden ist gegenüber der Frage nach den Inhalten eindeutig sekundär. Grundsätzlich gilt: Je härter der Staat gegen Ausländer, die unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit das Zusammenleben mit nichtmuslimischen Glaubensgemeinschaften stören, desto toleranter kann er in der Sprachenfrage oder in Bezug auf islamische Bekleidungsformen von Privatpersonen sein.

Ferner steht das Recht der freien Religionsausübung seitens der Moscheegemeinden die Pflicht dieser Gemeinden gegenüber, bei der Aufdeckung von (auch geplanten) Anschlägen im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitzuwirken. Das gilt auch und insbesondere für die Islamverbände, die ihre politisch herausragende Stellung nicht nur als Recht begreifen dürfen, sondern auch als Verpflichtung, aktiv für den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzutreten.